

Erklärung

Frühjahrs-Vollversammlung des Diözesanrates 25./26. März 2022

1 **Für Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit**

2

3 Jeder Mensch ist nach unserem christlichen Menschenbild einmalige Person und zugleich
4 soziales Wesen, mit unveräußerlicher Würde ausgestattet.

5

6 Die Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit bestimmen sein Handeln in
7 einer gerechten Gesellschaft.

8

9 Eine solidarische Gesellschaft muss deshalb für einen sozial gerechten Ausgleich sorgen,
10 der für das gedeihliche und friedliche Zusammenleben unerlässlich ist. Das Prinzip der Sub-
11 sidiarität fordert von uns MitbürgerInnen, eine aktive und verantwortungsbewusste Hal-
12 tung einzunehmen, selbst zu tun, was in unserer Verantwortung steht und möglich ist.

13

14 Diese Prinzipien katholischer Soziallehre müssen handlungsleitend für politische Entschei-
15 dungen und wirtschaftliches Handeln sein. Sie ermöglichen die Teilhabe an den Lebens-
16 möglichkeiten der Gesellschaft und sichern die Chancen menschlicher Entfaltung.

17 Als Diözesanrat und Verbände im Bistum Passau nehmen wir wahr, wie gefährdet Men-
18 schenwürde, gerechte Teilhabe und Verteilung von Vermögen sind. Deshalb machen wir
19 uns jetzt besonders stark für:

20

21 **Entgegenwirken der Armut**

22

23 Armut in Deutschland hat viele Gesichter. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer
24 größer. Armut trifft vor allem Alleinerziehende, Frauen, Kinder, Menschen mit Migrations-
25 hintergrund.

26

27 Deshalb machen wir uns stark für:

28

- 29 – die Erhöhung der Regelsätze im SGB II (Arbeitslosenunterstützung) und XII (Grund-
30 sicherung) als dringend erforderlich
- 31 – eine Besteuerung von Vermögen, Kapital und Erbe über die Erwerbsarbeit hinaus
32 als selbstverständlichen Beitrag für das Gemeinwohl
- 33 – für den Dienst der Sozialberatung in der Kirche von Passau zur Unterstützung der in
34 Armut geratenen und von Armut gefährdeten MitbürgerInnen als unverzichtbare
35 Kernaufgabe von Caritas.

36

37 Daran sollen Diözesanrat und Verbände vorrangig weiterarbeiten, sollen sich einsetzen für:
38 ...

39

40 **Existenzsichernde Altersrente für Frauen ermöglichen**

41

42 Der Ausbau eigenständiger Rentenansprüche von Frauen ist eine Grundvoraussetzung da-
43 für, dass das ohnehin erhöhte Armutsrisiko für Frauen verringert wird. Der KDFB setzt sich
44 deshalb seit Jahren für ein konsequentes Zusammendenken von Erwerbs- und Sorgearbeit
45 in den Lebensverläufen ein.

46

47 Deshalb machen wir uns stark für:

48

- 49 – einen entsprechenden Ausbau der Grundrente
- 50 – die Anrechnung von Kindererziehungszeiten (durch einen dritten Entgeltpunkt
51 auch für vor 1992 geborene Kinder) und den Erwerb von Rentenanwartschaften für
52 Pflegeleistungen ab ersten Pflegegrad
- 53 – einen verpflichtenden, laufenden Versorgungsausgleich für zukünftige Ehen (Ren-
54 tensplitting)

55

56 Daran sollen Diözesanrat und Verbände vorrangig weiterarbeiten, sollen sich einsetzen für:
57 ...

58

59 **Sozialverpflichtung der Unternehmen – Gerechte Löhne und Tarifbindung**

60

61 Tarifverträge sind das zentrale Instrument, um die Einkommen und Arbeitsbedingungen
62 der Beschäftigten zu verbessern. Von Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelte Tarif-
63 verträge sichern in erheblichem Maß den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusam-
64 menhalt in Deutschland. Sie sind der Maßstab für Transparenz und fairen Wettbewerb in
65 Wirtschafts- und Arbeitswelt.

66

67 Deshalb machen wir uns stark für:

68

- 69 – die Stärkung der Gewerkschaften zur Verbesserung der Durchsetzungskraft
- 70 – eine Verbesserung von Arbeits- und Einkommensbedingungen durch Tarifverbind-
71 lichkeit der Betriebe
- 72 – eine Politik, die sich für die Forderung von verpflichtenden Branchenlöhnen ein-
73 setzt
- 74 – eine gesetzliche Stärkung des Instruments, Tarifverträge als allgemein verbindlich
75 zu erklären
- 76 – eine Beteiligung an den Sozialwahlen zur Stärkung der christlichen Verbände

77

78 Daran sollen Diözesanrat und Verbände vorrangig weiterarbeiten, sollen sich einsetzen für:
79 ...

80

81 **Sonntagsschutz als soziale Frage**

82 Seit jeher drängen wirtschaftliche Lobbygruppen darauf, den Sonntag zum Werktag zu ma-
83 chen, auch in der Coronazeit. Der Mensch lebt jedoch nicht nur durch Arbeit und Konsum.
84 Er braucht gemeinsame freie Zeit für die Familie, für Freunde und Beziehungen, für Religion
85 und Glauben, für Kultur und Sport und auch Zeit fürs Nichtstun.

86
87 „Dieser Tag, der den Alltag unterbreche, gebe dem Leben Rhythmus, schaffe individuelle
88 Freiräume, verbinde Menschen und fördere das Gemeinwohl“ (Gemeinsames Wort der
89 christl. Kirchen März 2021).

90
91 Deshalb machen wir uns stark für:

- 92
- 93 – die Begrenzung der Sonntagsarbeit auf für die Gesellschaft unverzichtbare Dienste
 - 94 – die Beibehaltung der zulässigen Höchstarbeitszeit und gegen die Ausweitung der
 - 95 Sonntagsarbeit
 - 96 – die Beibehaltung des Anlassbezuges bei verkaufsoffenen Sonntagen
 - 97 – den Schutz von Beschäftigten und ihren Familien
 - 98 – Arbeitszeitmodelle, die ökologisch ausgewogen, nachhaltig mit Ressourcen umge-
 - 99 hen und gesundheitsförderlich sind

100
101 Daran sollen Diözesanrat und Verbände vorrangig weiterarbeiten, sollen sich einsetzen für:
102 ...

103
104 **Wertvoll arbeiten - „prekäre Arbeit“ vermeiden**

105
106 Viele Arbeitsverhältnisse sind Beschäftigungen mit geringem Lohn, ungenügender sozialer
107 Absicherung oder Zeitverträgen. Betroffen sind Menschen in Leiharbeit, Minijobs, Schein-
108 und Soloselbstständigkeit, Scheinpraktika, Teilzeit, mobilem Arbeiten.

109
110 Deshalb machen wir uns stark für:

- 111
- 112 – Existenzsichernde Löhne und Arbeitsplatzsicherheit
 - 113 keine Ausweitung der Minijobs
 - 114 – Aufbau einer armutsverhindernden Alters- und Krankheitssicherung
 - 115 – Arbeit und Arbeitsbedingungen, die nicht krankmachen dürfen

116
117 Daran sollen Diözesanrat und Verbände vorrangig weiterarbeiten, sollen sich einsetzen für:
118 ...